

Redebeitrag Medienkonferenz Referendum BVG-Reform

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse

Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, bedauert sehr, dass wir heute hier stehen und dieses Referendum ankündigen. Travail.Suisse hat sich sehr bemüht, den sogenannten Sozialpartnerkompromiss auszuhandeln und eine Lösung zu präsentieren, die bei einer Volksabstimmung eine Chance hat. Wir haben zusammen mit dem SGB und dem Arbeitgeberverband einen soliden Kompromiss ausgehandelt. Einen Kompromiss, bei dem alle Seiten Zugeständnisse machten, aber auch alle Seiten Verbesserungen erzielten. Wir haben einen Kompromiss erarbeitet, der das Rentenniveau halten konnte und sogar Verbesserungen für die unteren Einkommen vorsah. Wir haben einen Kompromiss auf den Tisch gelegt, der eine Modernisierung der zweiten Säule erlaubt hätte, ohne dass die Arbeitnehmenden dafür die Zeche bezahlt hätten. Ein Bekenntnis zum Drei-Säulen-System.

Mit «mehr bezahlen, weniger Rente erhalten» keine Volksmehrheit

Heute sehen wir uns leider in der Situation, dass der Kompromiss durch das Parlament total aus dem Gleichgewicht gebracht wurde. Das Parlament hat den Sozialpartnerkompromiss zuungunsten der Versicherten verschlechtert. Mit der aktuellen Vorlage speisen wir mehr Geld in die zweite Säule ein, können aber das Rentenniveau insgesamt nicht halten. Travail.Suisse ist enttäuscht über das Resultat. Wir hatten erwartet, dass der Sozialpartnerkompromiss loyal von allen Sozialpartnern getragen wird und vom Parlament unterstützt wird. Schliesslich haben die Sozialpartner nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 überhaupt einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Der Gewerbeverband ist allerdings kurz vor Ende der Verhandlungen ausgestiegen und hat den Sozialpartnerkompromiss im Parlament hintertrieben. Der Arbeitgeberverband ist nicht klar und deutlich vor den Sozialpartnerkompromiss gestanden und hat darauf verzichtet, den Sozialpartnerkompromiss aktiv bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu vertreten. Wir sind enttäuscht, dass unsere Sozialpartner sich aus dem Kompromiss verabschiedet haben und nun voraussichtlich für einen weiteren Reformstau verantwortlich sein werden. Bei der Altersvorsorge 2020 haben die Arbeitgeber gesagt, sie würden eine bessere Lösung auf den Tisch legen und haben mit diesem Argument die Altersvorsorge 2020, die wir unterstützten, bekämpft. Aber offenbar sind die Arbeitgeber nicht bereit, eine tragfähige Lösung zu präsentieren, die auch die Interessen der Arbeitnehmenden berücksichtigt. Um in der Logik des Sozialpartnerkompromiss zu bleiben: Wir sind überzeugt, dass die jetzige Vorlage – wir bezahlen mehr, um weniger Rente zu haben – an der Urne scheitern wird.

Rentenzuschlag nicht solidarisch finanziert

Der Sozialpartnerkompromiss enthielt mit dem Rentenzuschlag ein eindeutig solidarisches Element. Ein Element, das dafür sorgte, die Umverteilung in der zweiten Säule von den kleinen zu den grossen Einkommen einzudämmen. Heute ist es so, dass aufgrund der ungleichen Lebenserwartung Menschen mit kleinen Einkommen, die im Durchschnitt weniger lang leben und weniger lang Renten aus der Pensionskasse beziehen, Menschen mit höheren Einkommen, die im Schnitt länger leben und somit länger Renten aus der Pensionskasse beziehen, mitfinanzieren. Der Rentenzuschlag hätte diesem unsolidarischen Mechanismus etwas entgegen gehalten und diese Tendenz zumindest abgeschwächt. Leider wurde der Rentenzuschlag im Parlament so geschwächt, dass von einer solidarischen Komponente nicht mehr wirklich die Rede sein kann. Im Sozialpartnerkompromiss war vorgesehen, dass auf Einkommen bis CHF 860'400.- Abzüge für den Rentenzuschlag geleistet werden. Die oberen Einkommen hätten also einen deutlichen Beitrag zum Rentenzuschlag geleistet. Die aktuelle Reform sieht nun vor, dass nur auf dem koordinierten Lohn bis CHF 176'400.- Beiträge bezahlt werden. Alles was darüber hinaus verdient wird, können diese Spitzenverdienenden behalten, ohne einen Beitrag davon an

den Rentenzuschlag zu bezahlen. Das Parlament hat also einen Weg gefunden, um Personen mit sehr hohen Einkommen still und leise aus der Verantwortung für einen sozialen Ausgleich in der zweiten Säule zu entlassen.

Mehrkosten für Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen

Weniger Mühe bereitete der Mehrheit des Parlaments offenbar, die Beiträge für das BVG zu erhöhen. Mit der Senkung des Koordinationsabzugs müssen nun insbesondere Personen mit kleineren Einkommen höhere Beiträge an die zweite Säule leisten. Das erhöht zwar ihr Alterskapital und damit auch ihre Rente. Wenn man es prozentual anschaut, scheinen es spektakuläre Rentenzuwächse zu sein. Betrachtet man es allerdings in Franken, stellt man fest, dass dadurch nur sehr geringe zusätzliche Renten erzielt werden können. Mittlere Einkommen zwischen 70'000 und 88'000 Franken müssen mit Renteneinbussen von 5% bis 15% rechnen. Dadurch, dass auch noch die Eintrittsschwelle gesenkt wird, werden neu auch noch Arbeitnehmende Lohnabzüge für die zweite Säule leisten müssen, die dadurch unter dem Strich im Alter keine höhere Rente erhalten, weil sie in jedem Fall Ergänzungsleistungen erhalten werden. Ihnen bleibt unter dem Strich nur ein tieferer Lohn.

Travail.Suisse unterstützt Referendum

Aus Sicht von Travail.Suisse hat sich die BVG-Reform im Parlament von einer ausgeglichenen Vorlage, die solidarische Elemente enthielt, zu einer teuren unausgeglichenen Vorlage gewandelt, die zu Lohn- und Rentenverlusten führt. Wer meint von der Reform nicht betroffen zu sein, verkennt, dass schlechtere Bedingungen im obligatorischen Teil des BVG immer auch die Referenzgrösse ist für den überobligatorischen Teil. Verschlechterungen führen zu einer Nivellierung nach unten. Die Rentenzuschläge sind zudem befristet und kommen nur wenigen Arbeitnehmenden zugute. Der Vorstand von Travail.Suisse hat deshalb entschieden in einer breiten Allianz das Referendum gegen die BVG-Reform zu ergreifen.

Auskünfte:

Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse/alt Nationalrat, 079 287 04 93